

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seliger Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 14. September 1918.

22. Jahrgang.

Zur Schwerstarbeiterfrage.

Die Verbandsleitung hat sich unterm 15. August abermals an den Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes mit dem dringenden Ersuchen gewendet: die Steinarbeiter nun endlich als Schwerstarbeiter anzuerkennen. Daraufhin hat uns nun der Staatssekretär gezeichnet durch Reim unterm 5. September unter anderm geschrieben:

„Derartigen Forderungen kann die Zentralstelle nicht nachkommen, sie muß das Urteil über Art, Schwere, Bedeutung der Arbeit und ähnliche Gesichtspunkte den Kommunalverbänden überlassen. Ich erkenne aber an, daß gerade die Steinarbeiter

im allgemeinen unter sehr ähnlichen, Kräfte verbrauchenden Bedingungen, arbeiten und bin deshalb bereit, in Einzelfällen begründeten Beschwerden über Verweigerung der Schwerstarbeiterzulagen auf die zuständigen Kommunalverbände, entsprechend einzuwirken.“

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes kann also aus prinzipiellen Gründen die Anerkennung als Schwerstarbeiter nicht aussprechen, in seiner Antwort an unsere Verbandsleitung aber, ist recht handgreiflich zum Ausdruck gebracht, daß die Kommunalverbände den Steinarbeitern diese Anerkennung nicht versagen sollen. Wir haben deshalb eine umfangreiche Eingabe an die Kommunalverbände im Druck herstellen lassen, damit die Propaganda für die Anerkennung als Schwerstarbeiter erneuert aufgenommen wird. Die Eingabe liegt diesen Steinarbeiterverbänden bei, wenn noch Exemplare gebraucht werden, so ist die Bestellung an die Verbandsleitung gelangen zu lassen. Die Vorsitzenden der Zahlstellen haben die Eingabe zu unterzeichnen, mit genauer Wohnungsangabe zu versehen und die Absendung an den Kommunalverband sofort zu bewerkstelligen.

Die neue Antwort der Regierung berechtigt zu der Hoffnung, daß eine Reihe von Kommunalverbänden den Anträgen stattgeben werden. Die Eingabe ist diesmal recht umfangreich begründet, so daß anzunehmen ist, daß die Aneinanderreihung des Beweismaterials auf die Kommunalverbände nicht ohne Eindruck bleiben wird. Die Zahlstellen tun vielleicht gut, wenn sie die Eingabe auch von den Unternehmern mitunterzeichnen lassen. Zum mindesten sind die Unternehmer in Kenntnis zu setzen, daß die Steinarbeiter erneut den Antrag um Anerkennung als Schwerstarbeiter stellen werden. Ueber den jeweiligen Erfolg ist im „Steinarbeiter“ kurz zu berichten.

Zur 4. Teuerungszulagenbewegung.

Die 4. Teuerungszulagenbewegung ist, wie aus den Nummern 33 und 34 des „Steinarbeiters“ hervorgeht, eingeleitet. Im allgemeinen ist eine Erhöhung der Affordlöhne um 30 Prozent zu verlangen, eine überall gültige Formel kann dafür natürlich nicht aufgestellt werden, dazu sind die Verhältnisse in der Steinindustrie zu verschiedenartig. Die Stundenlöhne sind ebenfalls dementsprechend zu erhöhen. Auf die Zulagenbemessung für die Hilfsarbeiter ist besonderer Wert zu legen. Die Zahlstellenverwaltungen haben sich sogleich mit den Herren Unternehmern ins Einvernehmen zu setzen. Aufschreiben an die Unternehmer, mit einer dementsprechenden Begründung, sind beim Verbandsvorstand einzufordern. Für Einzelzahler wird die Forderung von hier aus vertreten.

Die Unternehmer sind darauf hinzuweisen, daß sie bei der Uebernahme von Aufträgen eine Klausel zur Anerkennung bringen, daß wegen der ungeheuer verteuerten Lebensmittel eine Steigerung der Löhne eintreten muß und infolgedessen auch die steinindustriellen Produkte naturgemäß im Preise steigen müssen.

Die neuen Verhandlungen wurden mit Erfolg abgeschlossen in Schlesien für die Granit- und Sandsteinarbeiter, in Sachsen für die Sandsteinarbeiter und im Bayrischen Wald für die Granitarbeiter. Für den Lausitzer Granitbezirk sind die Forderungen ebenfalls eingereicht, Verhandlungen sind zugesagt, anscheinend soll aber der Termin, zu dem die Zulage in erster Staffel erfolgt, ziemlich weit hinaus gerückt werden. Darüber sind natürlich die Kollegen sehr beunruhigt. — Im obern Mainlandsteingebiet (Eltmann) stehen die Verhandlungen vor der Tür; in Breslau haben solche bereits stattgefunden. Im Granitgebiet des Odenwaldes verhandeln die Unternehmer nur schriftlich. Die Zulage soll in zwei Staffeln von 35 auf 50 Proz. erhöht werden, bei einer einjährigen Bindung. Die Kollegen haben ein solches Verlangen mit Recht abgelehnt. Vielleicht wird im Odenwald auch noch mündlich verhandelt.

Die Verhandlungen in München ergaben den Abschluß folgenden Vertrages:
Zwischen der Vereinigung Münchner Steinmetzmeister

und Werkstätten für Grabmalerei und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, kommt nachstehendes zum Abschluß:

„Im Steinmetzgewerbe Münchens wird sämtlichen im Tarifvertrag für das Steinmetzgewerbe benannten Arbeitern bei Zeit- und Akkordarbeit vom 1. September ab eine weitere Teuerungszulage von 20 Pf. pro Stunde und vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1919 eine nochmalige Zulage von 10 Pf. pro Stunde bezahlt.

Die Teuerungszulage beträgt demnach ab 1. September 1918 60 Pf. pro Stunde, vom 1. Januar 1919 ab 70 Pf. pro Stunde und wird auf die bestehenden Löhne zugestanden.

Der Tarifvertrag für das Steinmetzgewerbe und der Akkordtarif läuft unverändert bis 31. März 1919 weiter.“

Damit sind wir in München wiederum einen schönen Schritt weitergekommen. Die Stundenlöhne schwanken einschließlich der neuen Zulage zwischen 1.30 und 1.50 M. Mit den Steinmetzmeistern der Baugruppe wird demnächst verhandelt, der Unternehmersekretär Herr Bergmüller wird allerdings wieder den Zugknöpfen spielen wollen. — Mit dem Marmorwerk Kiefer in Kiefersfelden (Oberbayern) ist die Verständigung beinahe bis zur Unterschrift fertig. — Verschiedene Einzelzahler berichten uns ebenfalls, daß ihnen die gedruckte Eingabe sehr genützt hätte, es wurde nur antilich Material vorgeführt. Einem Kollegen in einem süddeutschen Grabsteingebiet wurde der Stundenlohn laut dieser Eingabe um 20 Pf. erhöht.

In Altona-Hamburg fanden mit der Gruppe Steinmetz- und Marmorergewerbe Verhandlungen statt. Ab 6. September wurde der Stundenlohn um 20 Pf. erhöht, diesen Zuschlag bekommen auch die Hilfsarbeiter.

Die Kollegen ersehen daraus, daß die neue Bewegung bereits überall in vollem Gange ist, daß die Zahlstellen selbst die Eingabe zum Unternehmer einreichen.

Die Scheu vor dem

Die Frage einer Beitragserhöhung wird, wie wir schon in der letzten Nummer des „Steinarbeiters“ in der Teuerung auch noch den Krieg überdauern — und die Voraussetzungen nach dieser zu erwarten —, nach der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu beurteilen. Die Entwertung des Geldes eben mit sich. Die Unterhaltungsbedürfnisse der Arbeiter in den Bedarfsfällen ihren Mitgliedern zu gewöhnen gewohnt waren, entsprechen heute in keiner Weise mehr den verteuerten Verhältnissen. Sie boten wohl in der Vorkriegszeit hilfsbedürftigen organisierten Arbeitern manche wertvolle Beihilfe zur besseren Befriedigung notwendiger Bedürfnisse, heute aber bei der ungeheuren Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes stehen die Verbände vor der Tatsache, die gesamten Unterhaltungsbedürfnisse nach oben revidieren zu müssen, um einen Ausgleich zu schaffen, um der früheren Unterstützung den gleichen Wert zu geben. Um diese Maßnahme kommt keine Organisation herum. Früher oder später wird jede hierzu Stellung nehmen müssen.

Dieser Umwandlungsprozess im inneren Verbandsgefüge hat bereits eingeleitet. In einer Reihe deutscher Gewerkschaften ist um die Jahreswende (zumeist durch Urabstimmung) eine Statutenänderung und damit natürlich auch zugleich eine Beitragserhöhung durchgeführt worden. Beides steht eben in gerader Linie zusammen. Jeder Verband hat die unabwendbare Pflicht, Unterstützungshöhe und -dauer mit der Beitragshöhe stets in Einklang zu halten. Geht es nicht, dann ruht das Verbandsgebäude auf ungesunder Grundlage. Erhöht man also die Unterstützungshöhe, dann müssen auch die Beiträge erhöht werden. Eins erfordert das andere, das eine zieht folgerichtig das andere nach sich. Den erhöhten Anforderungen an den Verband entspricht automatisch die größere Zuwendung. Das ist die natürlichste Sache der Welt und kein Verständiger wird dagegen Einspruch erheben können.

Niele Verbände werden aber auch genötigt sein, höhere Beiträge zu erheben, ohne zunächst in besonderer Weise die Unterhaltungsbedürfnisse zu erhöhen. Sie stehen vor der Notwendigkeit, die Verbandsfinanzen zu heben, weil der Krieg durch den damit verbundenen Mitgliederentzug und erweiterte außerstatutarische Unterhaltungen (vor allem an die Familien der Kriegsteilnehmer) in die Verbandskasse ein großes Loch gerissen hat. Die Zukunft erfordert aber für alle Verbände ein gutes Finanzverhältnis, denn dann soll es in erster Linie gelten, in verstärkter Weise für die Besserung der Lebenslage der Mitglieder einzutreten und dem während des Krieges erstickten Unternehmertum, wenn nicht anders, durch Kampf die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter abzurufen. Diese Zukunftsnöwendigkeit liegt schon heute klar zugrunde und deshalb sind die Verbände genötigt, vorbauend zu wirken im Interesse ihrer Mitglieder.

Trotzdem haben wir bei allen Verbänden, die bisher zur Sanierung ihrer Verbandsverhältnisse geschritten sind, eine gewisse Strenge gegen diese notwendige Maßnahme, gegen die Anpassung an die Neuverhältnisse beobachtet. In den Abstimmungen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ein, wenn auch kleinerer, Teil der Mitglieder Gegner der Neuorientierung in den Verbandsstatuten war, denn sie stimmten gegen die verlangte Beitragserhöhung. Damit verdrängten sie folgerichtig auf eine Erhöhung der Unterstützungshöhe oder, was eine solche augenblicklich nicht über nur in geringem Maße herabsetzt, gegen die finanzielle Erstarkung ihrer Gewerkschaftsorganisation zur Besserung und nachhaltigeren Durchführung späterer Kämpfe zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Verlaufe.

Es entsteht die Frage: Wie ist das möglich? Es muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft vielfach die letzten Konsequenzen der Gewerkschaftsbewegung noch nicht begriffen hat und daß sie gerade dann, wenn es sich um ihre eigene Sache handelt, zu konservativen Ansichten und Handlungen neigt. Jede Veränderung der Dinge erscheint diesen Arbeitern unangenehm, in ihrer Scheu vor dem Neuen verdrängen sie sich hartnäckig allen noch so wichtigen Argumenten und stehen unbehindert dessen, daß völlig veränderte Verhältnisse veränderte Maßnahmen bedingen, jeder Neuerung voller Scheu feindlich und ablehnend gegenüber. Handelt es sich dabei nun gar um eine Beitragserhöhung, dann stellt sich ein solcher Neuerungsgegner wie hypnotisiert nur auf diese; jede Ueberzeugung der Heiligkeit durch den Hinweis auf die spätere stärkere Kampfkraft, auf verbesserte Unterhaltungen weit

er misstrauisch von sich, er lehnt die Neuerung eben ab, weil er sie bezahlen soll, und das will er nicht. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn man beobachten muß, welche große Redeschlacht oftmals sogar unter wirtschaftlich bessergestellten Arbeitern geschlagen werden, wenn es sich um einige Pfennige erhöhten Verbandsbeitrages handelt. Manche gebären sich dabei so, als ob es dann auf ihre eigene Selbsteigentümlichkeit ankomme, sie verdeden mit zäher Hartnäckigkeit ihren veralteten Standpunkt und sehen prophetisch den Mitgliederchwund des Verbandes und dessen unausbleiblichen Ruin schon im voraus, obwohl Jahrzehntelange Erfahrung schon immer bewiesen hat, daß jede bessere Finanzierung der Gewerkschaft einen Mitgliederzuwachs gebracht hat, weil dadurch das Zutreten der Mitglieder zum Verband gehoben wurde, denn die verstärkte Leistungsfähigkeit brachte den Mitgliedern Mehrleistungen und dem Verbands bessere Kampferfolge.

Es wird eben heute noch — leider — in der Gewerkschaft ein großer Aufwand von Gehirnkräften schmachvoll verthan. Bei ersterem Nachdenken müßte sich jedes Mitglied sagen, daß jeder erhöhte Beitrag nur ihm selbst und den Interessen der Arbeiterschaft zugute kommen kann. Die durch eine Beitragserhöhung verbesserte Finanzierung eines Verbandes bildet einerseits das Rückgrat und Unterpfand einer besseren wirtschaftlichen Lebensgestaltung der Mitglieder, andererseits fließen die aufgebracht größeren Summen in Form erhöhter Unterhaltungen wieder zu den Mitgliedern zurück. Eine Beitragserhöhung ist also nichts weiter als eine verbesserte Spareinlage zugunsten jedes einzelnen Sparrers, in diesem Falle jeden Verbandsmitgliedes. Das angesammelte Vermögen bleibt Eigentum der Masse und wird zu deren besserem Wohlergehen verwendet. Wenn es also aufrichtig um seine fünfjährige proletarische Besserstellung zu tun ist, der kann gar nicht anders handeln, er muß seiner Organisation dieses erhöhte Opfer darbringen!

Wie steht es denn überhaupt mit dem höheren Verbandsbeitrag, wenn wir dessen Wirkung auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage des Arbeiters untersuchen? Wir kommen da ohne weiteres zu dem Schluß, daß diese Wirkung völlig belanglos ist, absolut nicht ins Gewicht fällt und in keiner Weise das Haushaltsbudget des Arbeiters berührt oder — wie übereifrige Geister uns oft erzählen wollen — gar erschüttert. Gerade angesichts der heutigen so überaus starken Teuerung bedeuten diese paar armen Heller so viel wie ungefähr nichts in der Gesamtbewertung des Arbeiters. Gewiß, jeder hat heute mehr dem Geld zu tun, aber es fällt das Durchkommen ganz besonders schwer. Es ist ja bezeichnend, daß heute nicht jeder Arbeiter für viele notwendige Dinge bedeutend mehr aus der Tasche stecken muß, als er es vor dem Krieg tat. Die Preise der Lebensmittel sind ja heute so hoch, daß sie nicht für einzelne Artikel das Fünftel, ja das Hundertfache des Friedenspreises, vielfach ohne zu zerschellen, in eine neue Sonntagsanzug des Arbeiters stecken lassen. Die Frage, ob ein Arbeiter daraus auf einige Jahre hinaus seinen erhöhten Verbandsbeitrag decken könnte! Diese Frage ist ja heute so unangebracht, daß sie nicht gestellt werden darf. Die Arbeiterklasse verdient es, daß sie unter solchen Verhältnissen wahrhaftig ein kompletter Anfall wäre, von der Unerreichbarkeit eines erhöhten Verbandsbeitrages zu reden.

Das dürfte wohl auch jedem einleuchten. Die Ausbeutung der Konsumenten durch Produzenten und Händler ist gewiß hart. Es ist geradezu empörend, beobachten zu müssen, in welcher Weise das Proletariat durch die Verkäufer geschrippt und ausgebeutet wird. Dazu verleiht das verbitternde Gefühl, daß einzelne sich auf Kosten der breiten Massen mühelos und maßlos bereichern. Der Arbeiter zahlt dreifach und zehnfach, weil er muß, zugunsten derer, die ihm auf diese unbillige Weise das Fell über die Ohren ziehen. Beim Verbandsbeitrag aber liegt es so, daß seine Erhöhung einer sittlichen Pflicht entspricht, daß sie außerdem das Haushaltsbudget des Arbeiters in keiner Weise beeinflusst und daß sie letzten Endes immer wieder zugunsten der Arbeiterklasse Verwendung findet, indem dadurch höhere Löhne erlangt werden und dem einzelnen im Bedarfsfalle in verbesserter Form geholfen werden kann. Darum bedarf es auf diesem Gebiete keiner besonderen Erwägung und Ueberlegung. Die Not der Zeit erfordert gebieterisch vorbereitende Maßnahmen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Soweit die Vorlage für unsere Kollegen in Frage kommt, ist damit zu rechnen, daß bezüglich der Beitragserhöhung mit großen Widerständen kaum zu rechnen ist. Die Staffellung der Unterführung bedingt, daß die Verbandsmitglieder an einer höheren Beitragsleistung nunmehr wesentlich interessiert sind. Wir haben ja im „Steinarbeiter“ bereits einige Stimmen veröffentlicht, welche der Vorlage gegenüber nicht sehr rosig klangen, wir verweisen dabei auf die Einwendungen aus Einbeck und Oshensfurt. Aber auf solche Ablehnungen, die nicht einmal durch Gründe motiviert sind, muß man gefaßt sein. Es ist weiter Tatsache, daß im Steinarbeiterverband noch jede Neuerung scharf bekämpft würde, am schärfsten wohl die Einführung der zentralen Organisationsform. — Wer die Vorstandsnotlage genau studiert, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß das darin geforderte als ein Minimum dessen angesehen werden muß, was dem Verband zur Zeit not tut. Wir können mit der Neuordnung der Dinge nicht warten bis nach Friedensschluß. Dort gibt es noch andere Aufgaben zu lösen. Die „Jeldgraben“ sagen nach ihrer Rückkehr, die Verbandsleitung mußte wissen, welche Neuerungen im Verbandsleben nötig sind, warum wurden diese nicht geschaffen? Diese Fragestellung würde mit Recht lauten, denn unsere Kollegen an der Front können nicht im Detail darüber informiert sein, welche Neuerungen zeitgemäß sind. Und an einer überstürzten Neuerungsjucht hat der Steinarbeiterverband wahrhaftig noch nicht gekitten.

Deshalb ist auch zu erwarten, daß der Leipziger Verbandstag die Zeichen der Zeit zu deuten verheißt und mit großer Einmütigkeit die beantragte Reform annehmen wird. Dabei soll nun nicht gesagt sein, daß an der Vorlage nun keine Änderungen vorzunehmen wären. Ueber diese Änderungen wird im Handumdrehen eine Eingung zu erzielen sein, aber daran muß festgehalten werden, daß wir die Innenrichtung des Verbandes jetzt schon auszugestalten versuchen.

Kandidatenliste.

1. Wahlkreis: Otto Hirtz, Berlin.
2. Wahlkreis: Karl Köhler, Rostock.
3. Wahlkreis: Georg Brunn, Bismarck.
4. Wahlkreis: Hermann Janich, Strehlen; Karl Verbal, Strehlen.
5. Wahlkreis: Franz Menzel, Striegau.
6. Wahlkreis: Oswald Weise, Hölzsch.
7. Wahlkreis: Julius Wehrt, Eßen.
8. Wahlkreis: Alwin Schuster, Demitz-Thumitz; Stigelbauer, Demitz; Gustav Vener, Demitz.
9. Wahlkreis: Emil Freudenberg, Rindisch; Paul Schröder, Wittweida; Karl Cieske, Kamenz.

- 10. Wahlkreis: Emil Bredahl, Dresden; Ernst Rehschuh, Bismarck.
- 11. Wahlkreis: Karl Montag, Halle; Reinhold Henze, Leipzig; Hermann Lahr, Kirchberg.
- 12. Wahlkreis: Rühlmann Pfeiffer, Würzen.
- 13. Wahlkreis: Paul Gumbinger, Hamburg; August Hecke, mülter, Hannover.
- 14. Wahlkreis: Albert Kresse, Hasserode.
- 15. Wahlkreis: Kandidat bisher nicht gemeldet.
- 16. Wahlkreis: Ludwig Roth, Frankfurt a. M.; Robert Richter, Berlin; Karl Neubrück, Köln.
- 17. Wahlkreis: Paul Montermann, Düsseldorf; Herm. Rehschuh, Essen; Jakob Braun, Witten.
- 18. Wahlkreis: Fridolin Moosmüller, Heppenheim; H. Göhringer, Strahrun.
- 19. Wahlkreis: Heinrich Erlacher, München; Wolfgang Fröhler, Hof; Peter Steinbauer, Augsburg.
- 20. Wahlkreis: Lorenz Popp, Schwarzenbach; Wolfgang Grichtel, Niederlamm; Matthias Schmidt, Weiskirchen.
- 21. Wahlkreis: Johann Reich, Wandersacker.
- 22. Wahlkreis: Michael Blau, Nürnberg; Ernst Böh, Steinach; Fritz Glaser, Bamberg.

Wahl-Reglement.

Bei der Wahl der Vertreter zum Verbandstag in Leipzig ist folgendes zu beachten:

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Kollegen, die ihr Verbandsbuch resp. Interimskarte in Ordnung haben.

Die Hauptwahlen sind in der Zeit vom 15. bis einschließlich den 22. September vorzunehmen.

Gewählt ist derjenige Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Erhält kein Kandidat die absolute Mehrheit, so findet zwischen den zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt.

Die Stichwahlen sind in der Zeit vom 29. September bis einschließlich den 5. Oktober vorzunehmen.

Gewählt ist derjenige, der die meisten gültigen Stimmen erhalten hat.

Die Wahlprotokolle für die Hauptwahlen müssen bis zum 23. September, die Wahlprotokolle für die Stichwahlen bis zum 7. Oktober an den Zentralvorstand eingeleitet sein. Wo die Wahlprotokolle später eingeleitet werden, werden die Stimmen nicht mitgezählt, auch wenn die Wahl in der vorgeschriebenen Zeit stattgefunden hat.

In Wahlkreisen, wo 2 Delegierte zu wählen sind, sind 2 Namen auf den Stimmzettel zu schreiben.

Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, müssen für ungültig erklärt werden.

Als Ersatzmann im Verhinderungsfalle eines Delegierten gilt derjenige, der nach den gewählten Delegierten die meisten Stimmen erhalten hat.

Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettels.

Den Namen des Delegierten hat jeder Kollege selbst auf den Stimmzettel zu schreiben.

Um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen, überlassen wir es den einzelnen Zahlstellen, die Wahl in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorzunehmen.

Wahlgeld für die Vornahme des Wahlaktes in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfinden darf. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, welches das Wahlergebnis zu prüfen und dem Zentralvorstand unverzüglich zu übermitteln hat.

Wird aber auf den Werkplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und dieselben der Wahlkommission der Zahlstelle, welche für die formelle Vollziehung des Wahlganges dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, noch am Tage der Abstimmung zu übermitteln.

Die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen vollzogen, so hat dieselbe in der Zahlstelle nur am einem Tage zu erfolgen.

Wir erwarten, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden, und beglücken uns bei eventuellen Mängelrügen vor, die Stimmzettel einzufordern. — Die gültigen Stimmzettel müssen deshalb bis zum Verbandstag in der Zahlstelle aufbewahrt werden.

Die unguiltigen sind mit dem Wahlprotokoll an die Zentrale einzuleiten.

Die nachmalige Veröffentlichung des Wahlreglements wird nicht mehr vorgenommen; die Zahlstellenfunktionen sind deshalb verpflichtet, sich mit den bekanntgegebenen Bestimmungen eingehend vertraut zu machen. Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat bei der Feststellung der Wahlergebnisse die Verpflichtung, etwaige Meinungsdivergenzen über das Wahlreglement selbst zu klären und die Nr. 37 des „Steinarbeiter“, in der das Wahlreglement publiziert ist, in mindestens einem Exemplar bei der Hand zu haben.

Die Wahlprotokolle liegen dieser „Steinarbeiter“-Sendung bei. Die Stimmzettel dagegen sind von den Zahlstellen selbst zu befragen.

Als gültige Stimmen werden bei der Delegiertenwahl nur diejenigen betrachtet, welche auf die veröffentlichten Kandidaten abgegeben werden.

Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich an der Delegiertenwahl recht zahlreich zu beteiligen.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

Einbed. Warum ich der Preiserhöhung nicht zustimme, ist mir nicht unverständlich. Sollte die Preiserhöhung für die Zeitschriften in Frage kommen, so würde ich mich mit einer Zustimmung einlassen. Die Zahlstelle Einbed nimmt den Kollegen mit Freude zu. Warum wird mit den Stundenlohn Preiserhöhungen gemacht? Gewiß verdienen wir 2 Mark in der Stunde, aber das hat doch mit der Preiserhöhung nichts zu tun. Die Kollegen sind sich darin einig, daß die Höhe der Einkünfte, der Preiserhöhung entgegensteht, und einverstanden zu sein sind.

Roth, Schmidt.

Frankfurt a. M. Am 1. September im „Gewerkschaftshaus“ tagende Delegiertenversammlung beschloß sich im ersten Punkt der Tagesordnung mit dem neu ergründeten Zentralvorstand des Verbandes. Zuerst erfolgte die Ernennung von Kollege Roth beauftragt mit der höchsten Anwartschaft in Verbindung zu treten. — Am 1. August 1918 forderten die Kollegen eine erneute Teuerungszulage von 2 Mark pro Woche. Die Arbeitgeber bewilligten nur eine Minderung, jedoch ab 1. Oktober zahlbar. Die Frankfurter Steinarbeiter sind mit dieser Regelung nicht einverstanden und beabsichtigen den Verbanden, mit den Arbeitgebern erneute Verhandlungen anzubahnen. Neben den bestehenden Verbandstag referierte Kollege Herrmann seine Ausführungen. Seine Ausführungen hängen aus in den Punkten: Die Verhandlung wegen der notwendigen Reform der Beitrags- und Unterstützungsleistungen. Neben den bestehenden Verbandstag referierte Kollege Herrmann seine Ausführungen. Seine Ausführungen hängen aus in den Punkten: Die Verhandlung wegen der notwendigen Reform der Beitrags- und Unterstützungsleistungen.

Elben-Opfer. Am 19. und 21. August fanden zwei gütliche Verhandlungen unserer Zahlstelle statt. Bezüglich der Gewerkschaften und der Verhandlungen über den Preis wurde in beiden Verhandlungen eine Verständigung erzielt. Die Verhandlung über die Höhe der Beiträge wurde ebenfalls mit einer Verständigung abgeschlossen. Die Verhandlung über die Höhe der Beiträge wurde ebenfalls mit einer Verständigung abgeschlossen.

40 Pf. Ueber die geplante Erhöhung der Verbandsbeiträge fand, nachdem zuvor von unserm Vertrauensmann Rehschuh die Notwendigkeit derselben motiviert worden war, eine längere Aussprache statt. Diefelbe leitete folgendes Ergebnis: Die Kollegenschaft ist sich der Notwendigkeit der Beitragserhöhungen bewußt und derselben nicht abgeneigt, wenn die Stellung der Krankenunterstützungsvorlage eine Verbesserung erzielt. Dann wurde der Antrag angenommen, daß ab 1. 1. 1919 unser Verbandsorgan wieder in der „Leipziger Volkszeitung“ gedruckt werden soll. Die endgültige Stellungnahme zu diesen Punkten bleibt dem Delegierten zum Verbandstage vorbehalten. Dem Vorschlag, unserm Vertrauensmann Rehschuh zum Verbandstage zu delegieren, wurde in beiden Verhandlungen einstimmig zugestimmt. Hierfür unterbreitete der Vorsitzende den Kollegen die Bestrebungen unserer rührigen Verbandsleitung betreffs Erreichung eines Einheitsstarifes für ganz Deutschland. Dieser, seit Jahren gehegte Plan ist für Arbeitnehmer sowohl wie für Arbeitgeber von einschneidender Bedeutung und Wichtigkeit. Die teilweise ausgearbeitete Vorlage läßt die besten Schlüsse zu. Die Verbandsleitung gab uns die Versicherung, daß für uns tariftechnisch keine Verschlechterungen stattfinden werden. Unsere Zahlstelle wird an diesem Werke mitarbeiten, kommt eine Einigung nicht zustande, so haben wir immerhin gezeigt, daß wir praktische Arbeit leisten wollen. Sicherlich sind große Schwierigkeiten zu überwinden, aber die scheuen wir nicht. Erste Voraussetzung ist natürlich, daß die Unternehmer den guten Willen zeigen, etwas Gutes schaffen zu wollen. Alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit werden laut Beschluß der Tarifkommission überwiesen. — Der Vertrauensmann wird bemüht sein, die bis jetzt nur den Steinmehrn und Steinbrechern gewährte Brotmarkenzulage, auch für die übrigen Steinarbeiter und Arbeiterinnen unserer Zahlstelle zu erwirken. — Recht erfreulich ist der Mitgliederzuwachs im Oberlande, nur in diesem Sinne können wir vorwärts kommen. Je eher die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen unserm Verbands beitreten, um so schneller werden wir unsere Verhältnisse verbessern können. Zum Schluß muß darauf hingewiesen werden, daß leider immer noch einige Firmen ihrem ausbrüchlichen Verprechen der 40prozentigen Teuerungszulage nicht ganz nachgekommen sind, was die Arbeiter um so mehr befreudet, da die Verhältnisse zu sehr sich verschlimmern und enger werden. Da der Geschäftsgang durchaus kein schlechter ist und die Preiskalkulation vortrefflich gehandhabt wird; die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet hat der Krieg fast gänzlich aus dem Wege geräumt (eine der wenigen, guten Begleiterscheinungen deselben), steht man dem Verhalten jener Firmen wirklich verständnislos gegenüber. Sollte in Kürze hierin keine Besserung eintreten, werden die Betriebe unermüßlich veranlaßt werden.

Motz. Am 31. August fand eine Versammlung der Mainzer Kollegen statt, zu der als Referent Kollege Herrmann, Köln, erschienen war. Er gab den Kollegen eine Uebersicht über die Bedeutung des im Oktober stattfindenden Verbandstages. In der Debatte erklärten sich die Kollegen mit der Vorlage des Vorstandes einverstanden, bewußt aber die lange Karenzzeit und die Verminderung der Sterbeunterstützung gegenüber dem alten Statut. Weiter sind sie damit einverstanden, daß ein Zollzuschlag für fertige Arbeiten erfolgt und stellen weiter an den Verbandstag den Antrag, daß auch ein Zoll für Rohmarmor und Granit gefordert wird. Als Begründung wird angeführt, daß in Deutschland genügend Marmor vorhanden ist, auch an Granit sei kein Mangel. Von der Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag wird Abstand genommen. Kollege Herrmann berichtet dann über die Lohnbewegung der Kollegen am Schloß. Es sei zu hoffen, daß die Wünsche der Kollegen berücksichtigt werden. An die Arbeitgeber der Marmor- und Granitindustrie soll demnächst wegen einer Erhöhung der Löhne herangetreten werden.

Wilmshäuser (Lohnal). Eine gutbesuchte Versammlung der Kollegen fand am Dienstag, dem 2. September, statt. Gausleiter Herrmann war anwesend, der über die Aufgaben des Verbandstages referierte. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß bei der Berechnung der Löhne zu den Beitragsklassen die Teuerungszulage nicht in Anrechnung kommen sollte. Der Einführung der Erwerbslosenunterstützung stimmten die Kollegen zu. Kollege Herrmann gab sodann die Antwort auf die Frage, in bezug auf die Lohnbewegung bei der Erhöhung der Löhne, daß die Firma es ablehnt, eine Erhöhung der Löhne vorzunehmen. Es wurde beschlossen, die Firma Größler und Söhne in Anbetracht der so sehr geringen Lohnunterhaltung keine Zulagen gewähren will. Der Antrag wurde beauftragt, nachdem die Vermittlung des Gewerkschaftsausschusses in Höchst als Vermittlung anzutreten. Die Firma hat Heereslieferungen. Kollege Herrmann berichtete sodann über seine Bemühungen beim Verband in Mainz, damit die Kollegen als Schwerarbeiter anerkannt werden und die sonstigen Zulagen erhalten. Da Kollege Riffel verstorben ist, wurde Kollege Karl Paul als Kassierer gewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung nach einem Schlußwort geschlossen.

Rundschau.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am 6. September, nachmittags 2 1/2 Uhr im hiesigen Steinbruch in Streichen. Der Brecher Kollege Karl Dietrich wollte seinen Felsen, welcher freigeschlagen werden sollte, ausräumen, und ist dabei wahrscheinlich auf ein liegendes Holz gestiegen. Plötzlich frachte ein Schuß und dem Kollegen Dietrich wurde die rechte Hand und der rechte Fuß zerrissen und auch die linke Hand und das Gesicht war sehr schwer verletzt. So daß er nach ungefähr zwei Stunden schon im Krankenhaus verstarb. Kollege Dietrich war ein eifriges Verbandsmitglied und die Streblenen Kollegen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1918.

| Einnahme. | |
|---|--------------------|
| An Eintrittsmarken | 65.50 M. |
| „ Beitragsmarken | 10 782.72 „ |
| „ Erwerbslosenmarken | 468.45 „ |
| „ Material | 13.60 „ |
| „ Abonnements und Interate | 450.48 „ |
| „ diversen Einnahmen | 4 854.90 „ |
| | Summa 16 645.65 M. |
| Ausgabe: | |
| Jur Agitation: | |
| a) Ganzeitungen | 838.41 M. |
| b) Zentralvorstand | 154.10 „ |
| „ Unterstützungen: | |
| a) Krankenunterstützung | 588.88 „ |
| b) Notstandsunterstützung | 20. — „ |
| c) Sterbeunterstützung | 433.62 „ |
| „ Verwaltung (persönliche): | |
| a) Gehalt | 1 872. — „ |
| b) Versicherungsbeiträge | 446.41 „ |
| c) Revisionen, Sigungen | 101.50 „ |
| „ Verwaltung (sachliche): | |
| a) Miete, Reinigung usw. | 1 401.68 „ |
| b) Druckfachen | 388.25 „ |
| c) Porto, Beleggeld | 120. — „ |
| „ Verbandsorgan | 5 259.87 „ |
| „ Zeitungen, Bücher | 104.27 „ |
| | Summa 11 729.29 M. |
| Bilanz. | |
| Bestand am Schluß des 1. Quartals | 527 786.43 M. |
| Einnahme im 2. Quartal 1918 | 16 645.65 „ |
| Bestand und Einnahme | 544 432.08 M. |
| Ausgabe im 2. Quartal 1918 | 11 729.29 „ |
| Reicht Bestand | 532 702.79 M. |
| Leipzig, im September 1918. | |
| Hugo Walther, 1. St. Kassierer. | |
| Verrechnende Abrechnung geprüft, Führer und Belege in Ordnung befunden. | |
| Die Revisoren: | |
| Eugen Kamprad, Ludwig Geiß. | |

Abrechnung der Zahlstellen vom 2. Quartal 1918.

| Einnahme. | |
|---|---------------------|
| An Eintrittsmarken | 135. — M. |
| „ Beitragsmarken 1. Klasse à 70 Pf. | 13 080.30 „ |
| „ „ 2. „ à 60 „ | 9 062.40 „ |
| „ „ 3. „ à 50 „ | 6 163. — „ |
| „ „ 4. „ à 40 „ | 3 414. — „ |
| „ „ 5. „ à 30 „ | 303.30 „ |
| „ Erwerbslosenmarken à 20 Pf. | 1 087.40 „ |
| „ „ à 10 „ | 35.80 „ |
| Mehrerlös aus den Beitragsmarken | 5 119.05 „ |
| Sonstige Einnahmen | 3 445.24 „ |
| Zufuß aus der Hauptkasse | 1 599.56 „ |
| | Summa 43 395.05 M. |
| Ausgabe. | |
| Jur Reiseunterstützung | 11. — M. |
| „ Krankenunterstützung | 10 832.50 „ |
| „ Streifenunterstützung | 189.75 „ |
| „ Sterbegeld | 3 610. — „ |
| „ Notstandsunterstützung | 195. — „ |
| „ Verwaltung (persönliche) | 3 868.12 „ |
| „ „ (sachliche) | 1 702.95 „ |
| „ Kartellbeitrag, Arbeiterssekretariate | 687.59 „ |
| „ lokale Unterstützungen | 1 590.32 „ |
| „ Agitation | 198.04 „ |
| „ sonstige Ausgaben | 2 452.40 „ |
| In bar an die Hauptkasse | 13 683.28 „ |
| | Summa 39 004.95 M. |
| Bilanz. | |
| Bestand am Schluß des 1. Quartals | 150 891.87 M. |
| Einnahme im 2. Quartal | 43 395.05 „ |
| | Summa 194 286.92 M. |
| Ausgabe im 2. Quartal | 39 004.95 „ |
| Reicht Bestand | 155 281.97 M. |
| Leipzig, im September 1918. | |
| Hugo Walther. | |

Literarisches.

Krieger-Renten und Familienversorgung. Führer für Kriegsinvaliden, Krieger-Witwen und Waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen, von Arbeitersekretär Gustav Krüger, Magdeburg. Preis 75 Pf. Verlag für Sozialwissenschaften, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Anträge zum Verbandstag müssen bis zum 21. September gestellt sein. Es ist Pflicht der Zahlstellen, sich mit der Tagesordnung zum Verbandstage in eingehender Weise zu beschäftigen.

Die Wahlprotokolle sind dieser Steinarbeiter-Sendung beigelegt.

Arbeitsmarkt in der Steinindustrie.

Die Arbeitsvermittlungstelle Erfurt sucht:
4 Steinmehrn auf Grabsteinarbeit,
1 Marmorfräser.
Zu wenden an den Kollegen Heinrich Kleinauf, Radowitzer Straße 42 II.

Anzeigen.

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise über Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht dringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Tüchtige Granit-Steinmetzen

für dauernde Beschäftigung sucht
A. Weyler, Kirchberg (Schloffen)

Tücht. Granitschreiftbauer

gesucht.
Paul Uhl, Lübeck.

Marmorchleifer

finden dauernde Beschäftigung.
Wilh. Brieß, Berlin, Oranienstraße 20.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:
Peter Betz, 34 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Wien.**
Werner Hilker, 27 Jahre alt, a. d. Zahlst. **Bremen.**
Otto Kottwitz, 42 Jahre alt, a. d. Zahlstelle **Arnsdorf.**
Oswald Michael, 22 Jhr. alt, a. d. Zahlst. **Arnsdorf.**
Franz Michel, 20 Jahre alt, aus der Zahlst. **Kirchberg.**
Karl Müller, 40 Jhr. alt, a. d. Zahlst. **Dresden-Bismarck.**
Johann Reitz, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Mainz.**
Fritz Schirmer I., 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Kirchberg.**
Christof Schmidt, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Kirchberg.**
Ehre ihrem Andenken!
(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesangelegensformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.)
In **Wien** am 20. August der Hilfsarbeiter **Karl Friedr. Aug. Hartmann**, 66 Jhr. alt, an Lungentuberkulose.
In **Kirchberg** (Bez. Schwarzenbach) am 21. August der Granitschreiftbauer **Lorenz Bauriedel**, 55 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: **Mois Staubinger**, Verlag von **Paul Starke**, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 3.